

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bernd Schimmler (SPD)

vom 21. Juni 2005 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Juni 2005) und **Antwort**

Datenschutzverletzungen in den Bezirken

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Fälle von Datenschutzverletzungen durch Angestellte und Beamte der Berliner Bezirksämter sind dem Datenschutzbeauftragten des Berliner Senats in der Zeit von 2001 bis heute bekannt geworden? (Bitte nach Jahren und Bezirken auflisten)

2. In wie vielen Fällen sind dem Datenschutzbeauftragten des Berliner Senats Unterlassungen und/oder Entschädigungszahlungen durch die Berliner Bezirksämter bekannt geworden (§ 18 BerlDatenschutzG)? (bitte nach Jahren und Bezirken auflisten)

3. Haben der Senat oder der Datenschutzbeauftragte des Berliner Senats Kenntnis davon, in wie vielen Fällen es:

- a) zu gerichtlichen Verfahren
- b) zu außergerichtlichen Einigungen

über Unterlassungen und/oder Entschädigungszahlungen durch die Berliner Bezirksämter gekommen ist? Wenn ja, bitte nach Jahren, Bezirken und Verfahrensausgang auflisten.

Zu 1. bis 3.: Dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit sind die Fragen zu 1. bis 3. mit der Bitte um Beantwortung vorgelegt worden. Dieser hat hierzu mitgeteilt:

„Zu Ziff. 1 der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Schimmler kann ich Ihnen nur mitteilen, dass wir keine Statistiken führen, die eine umfassende Beantwortung dieser Anfrage zulassen. Das Berliner Datenschutzgesetz (§ 26) kennt Verstöße gegen dieses Gesetz oder gegen andere Datenschutzvorschriften oder sonstige Mängel, die vom Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit beanstandet werden. Dieser kann allerdings von einer Beanstandung absehen, wenn es sich um unerhebliche Mängel handelt.“

In der Zeit von 2001 bis heute hat der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit bei seinen Prüfungen immer wieder Mängel bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Berliner Bezirksämter festgestellt, die er zum Teil auch beanstandet hat. Diese Mängel sind nicht durchweg auf individuelles und vorwerfbares Verhalten von Beamten und Angestellten der Bezirksämter zurückzuführen, sondern beruhen teilweise auch auf organisatorischen und strukturellen Defiziten.

Die Fragen 2 und 3 des Abgeordneten Schimmler können wir nicht beantworten, weil Betroffene etwaige Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche vor den Gerichten geltend machen müssen. Wir werden über entsprechende gerichtliche Entscheidungen nicht informiert. Hierüber könnten nur die Zivilgerichte bzw. die Justizverwaltung Auskunft geben.“

Ergänzend zur Beantwortung der Frage 3 durch den Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ist anzumerken, dass auch der Senat keine Kenntnis davon hat, in wie vielen Fällen es zu gerichtlichen Verfahren oder außergerichtlichen Einigungen im Hinblick auf Datenschutzverletzungen in den Bezirken gekommen ist, da entsprechende Statistiken nicht geführt werden.

Berlin, den 12. Juli 2005

In Vertretung

Freise
Senatsverwaltung für Inneres

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Juli 2005)